

NIEDERSCHRIFT HFA/021/2007

über die Sitzung **des Haupt- und Finanzausschusses** am 06.11.2007 im
Sitzungssaal des Rathauses.

stellvertretender Vorsitzender:

Herr Günther Fehmer

Ausschussmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde
Herr Thomas Hagemann
Herr Willi Krause
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Jürgen Brunn
Herr Peter Nowak
Herr Thomas Tauber
Herr Klaus Wieling

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Herr Ulrich Schlieker

Entschuldigt fehlt:

Frau Marion Dirks

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Herr Fehmer teilt mit, dass die Bürgermeisterin Frau Dirks sich für die heutige Sitzung entschuldigen lasse und er deshalb den Vorsitz übernehme.

Herr Fehmer stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- 1. Verschmelzung der "Aktion Münsterland" und der "Münsterland Touristik" zum Verein "Münsterland Marketing e.V."**

Herr Messing teilt ergänzend zur Sitzungsvorlage mit, dass eigentlich die Verschmelzung im November/Dezember stattfinden sollte. Da aber noch juristische Probleme bzgl. der Gesellschaftsform geklärt werden müssen, verschiebe sich dieser Termin voraussichtlich auf Januar - März 2008.

Frau Mollenhauer stellt fest, dass die Sitzungsvorlage mehr vor Quantität als vor Qualität strotze. Es sei äußerst schwierig festzustellen, wo die Vorteile einer Verschmelzung liegen oder ob Einsparungen hiermit verbunden seien, denn Mehrkosten könne sich die Stadt nicht leisten. Vor dem Hintergrund, dass die bisherigen beiden Geschäftsführer übernommen und auch sämtliche Arbeitsplätze erhalten werden sollen, werfe sie die Frage auf, was denn dann die Verschmelzung bringen soll.

Herr Messing erläutert, dass Synergieeffekte erwartet werden. Beide Vereine verfolgten die gleiche Zielrichtung. Das habe zu Überschneidungen und Irritationen geführt. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn die bisher getrennten Aufgaben von einer Dachmarke übernommen würden. Er räume ein, dass in finanzieller Hinsicht zurzeit noch keine Synergieeffekte beziffert werden können. Es solle aber mit dem vorhandenen Personal effizienter gearbeitet werden.

Herr Hagemann erkundigt sich nach den Besoldungen der Geschäftsführer in den bestehenden Vereinen.

Herr Messing teilt mit, dass die Gehälter der Geschäftsführer nicht offen lägen. Auch sei man sich bzgl. der Personen der Geschäftsführer noch nicht im Klaren. Die übrigen Arbeitnehmer/innen würden nach den Eingruppierungsmerkmalen des Bundesangestelltentarifvertrages bezahlt.

Herr Nowak merkt an, dass in diesem Fall sicher nicht die Botschaft „Konkurrenz belebt das Geschäft“ gelte. Die Zielsetzung einer Verschmelzung halte er zwar für sinnvoll, es fehlten aber klare Perspektiven. Im Übrigen sei ihm die Formulierung zu Punkt 2. des Beschlussvorschlages zu dünn, wenn nur auf eine Änderung der beabsichtigten Beitragsregelung gedrängt werden soll. Die Änderung müsse zur Bedingung gemacht werden.

Herr Dr. Meyring vermisst ein Konzept, aus dem die Ziele der zusammengeschmolzenen Gesellschaft hervorgehen. Außerdem seien aus der Vorlage die Einsparpotentiale nicht ersichtlich.

Herr Schlieker erinnert an die hier geführte Diskussion über einen Beitritt zur Aktion Münsterland. Damals habe man sich geweigert den Beitrag zu bezahlen, weil kein Nutzen der Mitgliedschaft erkennbar gewesen sei. Insofern halte er den heutigen Vorschlag aus finanzieller Sicht für völlig korrekt. Bzgl. der Vorteile einer Verschmelzung habe er den Ausführungen entnommen, dass drei Vollzeitbeschäftigte demnächst nicht weiter beschäftigt werden sollen. Das habe er als Synergieeffekt interpretiert. Im Übrigen glaube er, dass die beiden Vereine bisher im touristischen Bereich gute Arbeit geleistet haben.

Herr Brunn schließt sich seinen Vorrednern an, allerdings frage er sich, wie die zwei Geschäftsführer nach einer Verschmelzung plötzlich in der Lage sein sollen, sich abzustimmen oder alles besser zu machen. Auch fehle ihm eine klare Aussage zu den konkreten Maßnahmen einer Dachmarke. Weiter seien die Kosten einer Verschmelzung zu berücksichtigen, die durch einen Umzug sowie für ein neues Logo, neue Prospekte, einen neuen Internetauftritt etc. entstehen. Solange diese Dinge nicht beschrieben seien, könne er nicht darauf vertrauen, dass nach einer Verschmelzung alles besser wird.

Frau Mollenhauer pflichtet dem bei. Insbesondere der finanzielle Vorteil einer Verschmelzung werde nicht deutlich. Man wisse nicht genau, was passieren soll.

Herr Messing legt dar, dass die Kosteneinsparungspotentiale wahrscheinlich schwer zu beziffern sein werden. Da in einem Dachverband nicht mehr doppelt gearbeitet werde, werde es aber zu Kosteneinsparungen kommen.

Herr Fehmer hält fest, dass man einer Verschmelzung grundsätzlich positiv gegenüber stehe, dass aber klar dargelegt werden müsse, welche Perspektiven und Synergien zu erwarten seien. Da es zeitlich nicht dränge, schlage er vor, die Verwaltung zu beauftragen, dieses in der nächsten HFA-Sitzung schriftlich vorzulegen, damit die Zielsetzungen für die Ausschussmitglieder nachvollziehbar werden. Darüber hinaus mache es bereits im Vorfeld Sinn, nicht nur auf eine Änderung der beabsichtigten Beitragsregelung zu drängen, sondern dies als Bedingung zu formulieren.

Für eine Entscheidung sei es heute noch zu früh, so Herr Krause. Im Übrigen sei es doch üblich, dass Mitglieder auch mitbestimmen können. Er fragt kritisch nach, warum die Räte und Städte nicht involviert seien. Wenn der Kreis allein bestimmen wolle, solle er auch allein bezahlen. So habe er kein Interesse daran, Mitglied zu werden.

Herr Nowak stimmt dem grundsätzlich zu. Wenn die beiden Vereine keine Aussagen über Kostenersparnisse treffen würden, dann müssten eben die politisch Verantwortlichen entsprechende Vorgaben machen, damit eine perspektivische Ausrichtung mit Kostenentwicklung vorgelegt wird.

Frau Mollenhauer bittet darum, in der Sitzungsvorlage für die nächste Sitzung den jetzigen Zustand dem nach einer Verschmelzung gegenüber zu stellen.

In der anschließenden Erörterung über die Terminierung der Entscheidung wiederholt Herr Fehmer, dass er einen terminlichen Druck nicht sehe und die Stadt Billerbeck nicht unbedingt bei der Verschmelzung dabei sein müsse, sondern auch nachträglich dem Dachverband beitreten könne.

Dem schließen sich die übrigen Ausschussmitglieder an. Die Entschei-

zung wird auf die nächste HFA-Sitzung vertagt.

**2. Antrag der SPD Fraktion vom 23. August 2007
hier: 2. Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen (Friedhofssatzung)**

Herr Messing erläutert die Beweggründe der Verwaltung für den vorliegenden Beschlussvorschlag, der über den SPD-Antrag hinausgeht.

Herr Wieling legt dar, dass der Fraktionsantrag die Diskussion anregen sollte, weil es Beschwerden gegeben habe. Den Angehörigen sollte auch auf den Wiesengräbern die Möglichkeit gegeben werden, ihrer Trauer Ausdruck zu verleihen. Wenn das in der Satzung so festgelegt werde, dann sei er zufrieden.

Herr Hagemann befürchtet, dass es damit Probleme geben werde. Für die Sommermonate müsse eine klare Regelung für die Wiesengräber gelten. Es dürfe nicht passieren, dass Blumen niedergelegt und diese am nächsten Tag abgeräumt werden, weil der Rasen gemäht werde.

Herr Nowak merkt an, dass es im Einzelfall Ärger geben könne, den habe es aber bisher auch gegeben. Bei der neuen Regelung werde das aber sicherlich weniger der Fall sein. Wichtig sei eine gute Öffentlichkeitsarbeit, damit die Bürger wüssten, was im Bereich der Wiesengräber erlaubt sei und was nicht.

Herr Messing erläutert, dass in der Vergangenheit der Aufwand für das Abräumen der Wiesengräber bezahlt werden musste. In der neuen Ausschreibung sei dieser Aufwand enthalten und führe nicht zu Mehrkosten. Auf den Wiesengräbern solle aber das Aufstellen von Schalen und Kerzenleuchtern ausgeschlossen und nur Teelichter und Blumen erlaubt werden, die vom Friedhofsgärtner handlich abgeräumt werden können. Gerade abgelegte Blumen würden auch nicht weggeworfen, sondern neben dem Abfallcontainer abgelegt, damit sie von den Angehörigen dort abgeholt werden können. Es seien also pragmatische Ansätze geplant, die dem Bürger leicht vermittelt werden können.

Nach den Erläuterungen könne sie sich dem Erweiterungsvorschlag der Verwaltung anschließen, so Frau Mollenhauer. Wichtig sei dabei eine gute Öffentlichkeitsarbeit.

Herr Dübbelde kann sich dem Verwaltungsvorschlag ebenfalls anschließen. Wenn die kurz vorher frisch abgelegten Blumen irgendwo zur Abholung abgelegt würden, dann sei das in Ordnung. Er sehe es aber wie Herr Nowak als wichtig an, dass dies den Bürgern vor Ort in geeigneter Weise vermittelt wird.

Herr Messing schlägt vor, im Bereich der Wiesengräber ein Hinweisschild mit den entsprechenden Informationen für die Bürger aufzustellen.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die 2. Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen (Friedhofssatzung) wird beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, intensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und ein Hinweisschild mit Nutzungshinweisen in der Nähe der Wiesengräber aufzustellen.

Stimmabgabe: einstimmig

3. **Zwischenbericht zur Interkommunalen Zusammenarbeit**

Herr Dr. Meyring regt an, aufgrund der Vielzahl der Abkürzungen, wie Leader, ILEK, Ab in die Mitte, eine Tabelle zu erstellen, in der die Abkürzungen erklärt werden.

Herr Wieling merkt an, dass er zwar nicht unbedingt die direkte Übersetzung der Abkürzung kenne, ihm aber doch bekannt sei, was dahinter stehe. Wenn es demnächst eine Infrastrukturgesellschaft gebe, werde es einfacher, weil fast alles in dieser zusammenlaufe. Die in der Sitzungsvorlage angesprochenen Punkte der interkommunalen Zusammenarbeit würden sei vielen Jahren so betrieben. Er hielte es für besser, wenn einer dieser Punkte herausgegriffen und intensiv angegangen würde, wie z. B. ein gemeinsamer Bauhof. Heute nehme er die Ausführungen in der Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Herr Hagemann merkt an, dass er neben der Berichterstattung über die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit auch gerne einen Erfahrungsbericht vorgelegt haben möchte aus den Bereichen, in denen man schon weiter sei und wo es auch finanzielle Erfolge gebe.

Frau Mollenhauer stellt fest, dass man bei der interkommunalen Zusammenarbeit noch nicht viel weiter gekommen sei.

Herr Mollenhauer hält dem entgegen, dass einige Gespräche geführt worden seien, sich die Zusammenarbeit aber nicht immer einfach gestalte. Gemeinsame Einkäufe oder gemeinsame Ausschreibungen würden bereits erfolgreich umgesetzt, aber z. B. einen gemeinsamen Baubetriebshof aufzubauen sei nicht so einfach. Auch sei die Bereitschaft nicht unbedingt so groß.

Herr Fehmer wirft ein, dass vielleicht seitens der Verwaltungen die Bereitschaft nicht so groß sei, diese aber seitens der Politiker erheblich gewachsen sei. Bereits 2005 sei eine Kooperation im Abwasserbereich diskutiert worden, bis heute sei aber nichts passiert. Wenn seitens der Politik keine konkreten Vorgaben gemacht würden, dann passiere auch nichts.

Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die interkommunale Zusammenarbeit

in Zukunft zu vertiefen.

3. Es ist auch künftig regelmäßig zu berichten.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Einführung einer flexibleren Arbeitszeit am städt. Bauhof

Herr Messing beantwortet Fragen zum Winterdienst.

Herr Brunn merkt zu § 7 Abs. 2 an, dass das Bundesarbeitsgericht entschieden habe, dass die Wegezeiten (Dauer der Hin- und Rückfahrt) einer Dienstreise nicht als Arbeitszeit gelten, wenn der Arbeitgeber lediglich die Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels vorgebe und dem Arbeitnehmer überlassen bleibe, wie er die Zeit nutze.

Herr Messing sagt Überprüfung zu.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird die Formulierung in § 7 Abs. 2 überprüfen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Vorstellung der Dienstanweisung zur Korruptionsprävention und -bekämpfung in der Stadt Billerbeck

Nach kurzer Erörterung und dem Hinweis von Herrn Fehmer auf einen redaktionellen Fehler zu Punkt 5. nimmt der HFA die Dienstanweisung zur Kenntnis.

6. Mitteilungen

6.1. Befestigung des Südbergweges - Herr Messing

Zum Hinweis des Herrn Nowak, dass das Befahren des Südbergweges tlw. gefährlich sei, weil es sich um eine mit Schotter versehene Gefällestrecke handle teilt Herr Messing mit, dass als Hinweis auf den abschüssigen Weg ein Schild mit dem Hinweis auf ein Gefälle und ein Zusatzschild mit dem Hinweis „Schlechte Wegstrecke“ bestellt worden sei. Die Schilder würden umgehend nach der Lieferung aufgestellt.

Herr Nowak merkt an, dass die Gefahr durch das Aufstellen von Schildern nicht beseitigt werde. Es wäre besser, wenn die Strecke mit Bitumen abgebunden würde.

Herr Messing weist darauf hin, dass dann aber auch der Untergrund entsprechend befestigt sein müsse, damit der Bitumen halte.

Herr Mollenhauer sagt entsprechende Überprüfung bei der Oberflächen-

behandlung im nächsten Jahr zu.

6.2. Pflasterschäden im Wohngebiet Oberlau - Herr Messing

Herr Messing teilt zum Hinweis des Herrn Dittrich auf Pflasterschäden im Wohngebiet Oberlau I (Einfahrtsbereich und vor dem Haus Nr. 46) mit, dass diese durch den städt. Bauhof in der 38. Kalenderwoche behoben worden seien.

7. Anfragen

7.1. Hecke am Tiefen Weg - Herr Hagemann

Herr Hagemann erinnert daran, dass schon einmal moniert worden sei, dass die Hecke vor dem seit längerer Zeit leer stehenden Haus am Tiefen Weg zur Hälfte den Bürgersteig versperre. Seitens der Verwaltung sei zugesagt worden, hier tätig zu werden.

Herr Messing sagt Überprüfung zu, bei Gefahr im Verzuge würden ordnungsbehördliche Maßnahmen ergriffen.

7.2. Infrastrukturgesellschaft - Herr Schlieker

Herr Schlieker bittet bereits im Vorfeld darauf zu achten, dass hinsichtlich der Entscheidung über den Beitritt zur Infrastrukturgesellschaft nicht wieder ein Zeitdruck entstehe.

Vorgesehen sei, so Herr Mollenhauer, über den Beitritt in der nächsten HFA-Sitzung zu beraten. Voraussichtlich werde ein Vertreter der Stadtwerke Lengerich und ein Bürgermeister aus der Projektgruppe in der Sitzung die wesentlichen Punkte erläutern. Falls Bedarf bestehen sollte, könnte ggf. auch noch eine Sondersitzung des HFA kurz vor der Dezember-Ratssitzung eingeschoben werden.

Herr Schlieker regt an, in der nächsten HFA-Sitzung nicht zu viele andere Tagesordnungspunkte vorzusehen oder tatsächlich eine Sondersitzung einzuberufen.

Für die nächste HFA-Sitzung stünden nicht viele Tagesordnungspunkte an, so Herr Messing. Zum zeitlichen Druck erläutert er, dass sich in der letzten Bürgermeister-Konferenz am vergangenen Montag ergeben habe, dass durch eine Verlängerung der Angebotsfrist die Ratsbeschlüsse der beteiligten Kommunen nicht bis Ende 2007 gefasst werden müssten, sondern diese im Frühjahr vorgesehen seien. Diese Option werde zurzeit geprüft.

Herr Schlieker merkt an, dass viel mehr Zeit hierdurch auch nicht heraus geholt werde, zumal die Haushaltsplanberatungen in dieser Zeit anstünden.

7.3. Zusatz zur Rechtsmittelbelehrung - Herr Dübbelde

Herr Dübbelde weist darauf hin, dass im Rahmen der Verabschiedung des Bürokratieabbaugesetzes das kostenfreie Widerspruchsverfahren abgeschafft worden sei. Er habe gelesen, dass einige Behörden die Bürger in einem Zusatz zur Rechtsmittelbelehrung darauf aufmerksam machten, dass sie sich bei offenen Fragen und Unstimmigkeiten vor Erhebung einer Klage zunächst mit den jeweiligen Mitarbeitern in der Verwaltung in Verbindung setzen sollten. Er fragt nach, ob das in Billerbeck auch vorgesehen sei.

Herr Messing bestätigt, dass die Verwaltung diesen redaktionellen Hinweis ebenfalls aufnehmen werde.

7.4. Optimierung der Beleuchtung Beerlager Straße - Herr Brunn

Herr Brunn berichtet, dass er von enttäuschten Anwohnern der Beerlager Straße angesprochen worden sei, denen in einem Gespräch mit der Verwaltung wohl die Hoffnung gemacht worden sei, dass die Beleuchtung verbessert werde. Er fragt nach, warum die Verwaltung diesem Wunsch nicht nachgekommen sei.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu.

7.5. Baustelle Beerlager Straße - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer erkundigt sich, warum an der Beerlager Straße nach Fertigstellung des Radweges, an einigen Stellen die Fahrbahndecke wieder aufgenommen wurde.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass es sich ähnlich wie an der Darfelder Straße um Nachbesserungen der für die Hausanschlüsse eingebauten Straßendecke handele.

